

LAND TAGS KURIER



Seite 8:
Landtagsdebatte um die
Zukunft der Automobil-
branche in Sachsen



Seite 13:
Aue-Bad Schlema feiert
den Tag der Sachsen mit
150 000 Gästen



Seite 16:
Heinz Eggert erinnert zum
Festakt am 3. Oktober an
die Friedliche Revolution

Ausgabe
6.23



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

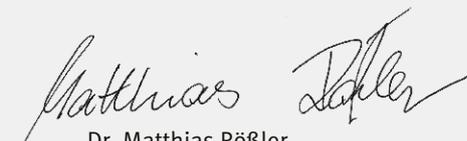
Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Feierstunde am 3. Oktober – unserem deutschen Nationalfeiertag – war auch diesmal wieder eine bewegende Veranstaltung. Mit Heinz Eggert, dem früheren sächsischen Innenminister und Zeitzeugen des demokratischen Neubeginns, hatten wir einen wortstarken Festredner in unserem Plenarsaal zu Gast.

Einmal mehr ist am Tag der Deutschen Einheit deutlich geworden, welche identitätsstiftende Kraft von der Friedlichen Revolution ausgeht. Sie verlief weitgehend gewaltfrei. Die Angst vor einem harten Durchgreifen der Sicherheitskräfte bewahrheitete sich Gott sei Dank nicht. Das besonnene Agieren der Demonstranten und demokratischen Wortführer trug maßgeblich dazu bei, dass die SED-Herrschaft im Herbst 1989 ohne Blutvergießen zusammenbrach. Diese welthistorische Leistung gehört zu den glücklichsten Kapiteln unserer deutschen Geschichte. Sie ist Teil unserer Identität als Deutsche. Wir sollten sie auch weiterhin an unserem Nationalfeiertag in dankbarer Erinnerung behalten.

Über die Feierstunde am 3. Oktober im Sächsischen Landtag hält der aktuelle Landtagskurier noch mehr Informationen bereit. Dem traditionellen Tag der offenen Tür, der ebenfalls an diesem Datum stattfindet, ist eine Seite dieser Ausgabe gewidmet. Mich erfüllt es jedes Mal aufs Neue mit Freude, wenn tausende Besucherinnen und Besucher in unseren Neubau strömen, um sich in unserem Haus über die Arbeit des Parlaments der Sachsen zu informieren.

Empfehlen möchte ich Ihnen ebenfalls die Aktuellen Debatten, über die der vorliegende Landtagskurier berichtet. Sie machen deutlich, dass es in unserem Freistaat viele offene Fragen gibt, über die wir diskutieren und sprechen sollten. Unterschiedliche Sichtweisen sind dabei hilfreich und notwendig, denn Meinungsvielfalt beweist die Stärke unserer freien Ordnung.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

75. Sitzung des Sächsischen Landtags
»Kette der Verantwortungslosigkeit«
Landtag beschäftigt sich mit Fördermittelvergabe des Sozialministeriums.....4
76. Sitzung des Sächsischen Landtags
Medizinische Versorgung in Sachsen auf Kurs
SPD-Fraktion sieht deutliche Fortschritte bei der Personalgewinnung.....5
76. Sitzung des Sächsischen Landtags
Was hilft dem Wald?
Landtag debattiert über Holznutzung und Naturschutz.....6
77. Sitzung des Sächsischen Landtags
Schule in Schieflage
DIE LINKE sieht gravierende Mängel im Bildungsbereich.....7
77. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wunsch und Wirklichkeit
AfD-Fraktion sieht Autoproduktion in Sachsen gefährdet.....8
77. Sitzung des Sächsischen Landtags
Grünes Gold
Fraktionen würdigen Bedeutung von Gärten und Parks in Sachsen.....10

PARLAMENT

- Finanzspritze für die sächsischen Kommunen**
Haushalts- und Finanzausschuss spricht sich für Gesetzesänderung aus.....11
- Laufende Gesetzgebung**.....12

AKTUELLES

- Willkommen zurück!**
150 000 Besucher feiern nach drei Jahren Pause den »Tag der Sachsen« in Aue-Bad Schlema14
- »Zivilcourage und Rückgrat sind unentbehrlich.«**
Heinz Eggert erinnert und ermutigt am Tag der Deutschen Einheit.....16
- Hereinspaziert!**
Tag der offenen Tür im Landtag am 3. Oktober 2023.....18
- Mehr Qualität und Quantität**
Plenum und Anhörungen: Landtag erweitert Livestream- und Videoangebot.....19

SONDERTHEMA

- Menschen helfen, Leben retten**
DRK Sachsen ist mit 15 000 ehrenamtlichen Helfern aktiv.....20
- Auf allen Ebenen unterwegs**
Feuerwehren sorgen in Sachsen für mehr Sicherheit.....21

GESCHICHTE

- Der 17. Juni 1953**
Ursachen, Ereignis und Wirkung des Volksaufstandes.....22

SERVICE

- Weitere Informationen des Sächsischen Landtags**.....24

// Titel: Festredner Heinz Eggert am 3. Oktober im Sächsischen Landtag //
Foto: T. Schlorke

PLENUM

Rohstoff Holz, Automobilbau, Gartenland Sachsen



Foto: S. Floss

// Der Sächsische Landtag trat am 20. und 21. September 2023 an zwei Plenartagen zusammen. In den Aktuellen Debatten befassten sich die Abgeordneten mit der medizinischen Versorgung, der Holzwirtschaft sowie der Elektromobilität. Außerdem ging es um den Zustand der Gärten in Sachsen sowie neue Ansätze in der Schulbildung. //



Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

»Kette der Verantwortungslosigkeit«

Landtag beschäftigt sich mit Fördermittelvergabe des Sozialministeriums

// Am 31. August 2023 befasste sich der Sächsische Landtag auf Antrag der AfD-Fraktion mit dem Thema: »Sachsensumpf 2.0 trockenlegen – Rote Karte für Vetternwirtschaft und Korruption in der Regierung!«. In der Debatte ging es um einen bekanntgewordenen, bisher aber unveröffentlichten Prüfbericht des Sächsischen Rechnungshofs, der die Fördermittelvergabe im Sächsischen Sozialministerium kritisiert. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. //

Projekte ohne großen Erfolg

Nach Ansicht von Jörg Urban, AfD, laufe in Sachsen grundsätzlich etwas verkehrt, wenn der Sächsische Rechnungshof von »korrupsionsgefährdeten Strukturen« spreche. Den betroffenen Mitgliedern der Staatsregierung müsse die rote Karte gezeigt werden. Auch hätten die geförderten Integrationsprojekte so gut wie gar nichts gebracht. Allein Ausländerräte, Courage-Netzwerke und andere Bündnisse hätten profitiert. Vetternwirtschaft in den Parteien untergrabe das Vertrauen in die Demokratie.

Der Redner der CDU, Sören Voigt, warf der AfD vor, Unruhe zu stiften, aber nichts zur Klärung des Sachverhalts beizutragen. Der besagte Prüfbericht des Sächsischen Rechnungshofs sei weder fertiggestellt noch veröffentlicht. Stattdessen berufe sich die Fraktion in ihrem Antrag allein auf Berichte der sonst von ihr als »Staatsfunk« oder »Lügenpresse« diffamierten Medien. Dies offenbare ihre ganze Scheinheiligkeit. Dennoch erwarte die CDU eine konsequente Aufarbeitung der Umstände.

Integrationsprojekte nicht diskreditieren

Man wisse längst, dass die AfD von den Prinzipien des Rechtsstaates nichts halte, bemerkte Rico Gebhardt, DIE LINKE. Ihr gehe es allein darum, möglichst viel politischen Profit einzufahren. Für die AfD sei die aktuelle Affäre eine gute Gelegenheit, gegen linke Vereine vorzugehen. Es richte sich gegen alles, das der Fraktion politisch verhasst sei. Sie wolle alle Projekte zur Integration von Geflüchteten zerstören, auch jene, die erfolgreich und völlig korrekt arbeiteten.

Die Hintergründe und Umstände der im Raum stehenden Vorwürfe müssten vollständig aufgeklärt werden, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Es bedürfe klarer Schlussfolgerungen für die Zukunft der Förderpraxis. Seine Fraktion werde jedoch nicht zulassen, dass Menschen, die andere bei der Integration unterstützten, verunglimpft würden. Die Arbeit der vielen Verbände und Initiativen verdiene nicht den Generalverdacht durch Verfassungsfeinde, sondern Zuspruch und Anerkennung.

Prüfverfahren mit Fehlern

Sabine Friedel, SPD, attestierte dem gesamten Thema eine Kette der Verantwortungslosigkeit. Der Ausgangspunkt habe in Fehlern und Nachlässigkeiten des Verwaltungsvollzuges gelegen und sich im Unvermögen des Rechnungshofs fortgesetzt, ein ordnungsgemäßes Prüfverfahren sicherzustellen. Unverantwortlich sei ebenfalls die umfangreiche Berichterstattung in den Medien zu noch völlig internen Vorgängen. Den Gipfel der Verantwortungslosigkeit zeige jedoch die AfD, die in der Debatte lauter Behauptungen verbreite.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, räumte ein, dass es in den Jahren 2016 bis 2019 nicht gelungen sei, die Rechtmäßigkeit des Förderverfahrens in der Richtlinie »Integrative Maßnahmen« vollständig sicherzustellen. Diesbezüglich habe ihr Haus bereits eine abschließende und umfangreiche Stellungnahme gegenüber dem Rechnungshof abgegeben. Es sei damals nicht alles richtiggemacht worden, keinesfalls aber hätten parteipolitische oder persönliche Interessen eine Rolle gespielt.

Dr. Daniel Thieme

Medizinische Versorgung in Sachsen auf Kurs

SPD-Fraktion sieht deutliche Fortschritte bei der Personalgewinnung

76. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Das Thema der ersten Aktuellen Debatte am 20. September 2023 lautete: »Studienplätze aufgestockt, Telemedizin gestärkt, Gesundheitszentren ermöglicht: Umsetzung und Weiterentwicklung des 20-Punkte-Programms zur medizinischen Versorgung in Sachsen«. Die SPD-Fraktion hatte es auf die Tagesordnung der 76. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags gesetzt. //



Studienprogramm erfolgreich

Das 20-Punkte-Programm zur medizinischen Versorgung in Sachsen sei mittlerweile nahezu vollständig umgesetzt, bekundete Simone Lang, SPD. Ein großer Schwerpunkt habe dabei auf der Personalgewinnung gelegen. So seien 90 neue Medizinstudienplätze entstanden, 40 davon würden mithilfe des Landarztgesetzes vergeben. Auch das Studienprogramm an der Universität Pécs in Ungarn zeige Erfolge. Aktuell würden auf diesem Weg 198 angehende Medizinerinnen und Mediziner gefördert.

Alexander Dierks, CDU, stimmte seiner Vorrednerin zu. Er ergänzte, dass auch die Ärzte selbst einiges getan hätten. Während der Corona-Pandemie habe man gesehen, wie wichtig ein gutes Netz von Hausärzten sei. Die Kassenärztliche Vereinigung fördere die Einrichtung von Praxen, es gebe Modelle, um aus dem stationären in den ambulanten Sektor zu wechseln. Letztlich werde das Gesundheitswesen daran gemessen, ob jeder einen Hausarzt finde.

Anhaltende Verschlechterung

Keine Fortschritte sah hingegen Frank Schaufel, AfD. Nach seiner Meinung sei die medizinische Versorgung in Sachsen noch schlimmer geworden. Mittlerweile bestünde in sechs hausärztlichen Regionen ein Medizinerdefizit, 522 Kassenarztstellen seien unbesetzt. Rund zehn Prozent der Kassenärzte seien über 65 Jahre alt und damit praktisch schon im Ruhestandsalter. Die Versorgungslage werde sich in den kommenden Jahren weiter zuspitzen.

Susanne Schaper, DIE LINKE, sah die Situation ebenfalls kritisch. So gebe es weiterhin einen hohen Entwicklungsbedarf bei der Digitalisierung. Die bisherige Umsetzung gebe kein gutes Bild ab. Ähnlich sei es bei der Ausbildungshilfe durch die Kassenärztliche Vereinigung. Die Stipendien sollten auch auf Facharztbereiche ausgedehnt werden, bei denen eine Unterversorgung bestehe. Die Zahnmedizin hätte ebenfalls schon vor Jahren ein 20-Punkte-Programm benötigt.



// Susanne Schaper // Fotos: S. Floss

Bessere Arbeitsbedingungen

Bei der hohen Zahl an fehlenden Hausärzten in Sachsen brauche es kurzfristige Maßnahmen, sagte Markus Scholz, BÜNDNISGRÜNE. Deshalb müsse es gerade in den ländlichen Regionen gute Arbeits- und Lebensbedingungen geben. Man wisse, dass junge Ärztinnen und Ärzte heute lieber im Team arbeiten, lieber angestellt als selbstständig seien und auf eine gesunde Work-Life-Balance achteten. Dafür müssten der Freistaat sowie die Kommunen die Voraussetzungen schaffen.

Sozialministerin Petra Köpping, SPD, betonte mit Blick auf den kommenden Hochschulentwicklungsplan, dass weitere Studienplätze für Human- und Zahnmedizin, aber auch für Pharmazie angemeldet worden seien. Benötigt würden ferner Gelder, um den Investitionsstau in den Krankenhäusern abzubauen. Zudem müsse das bisherige 20-Punkte-Programm erweitert werden. Dazu gehöre es unter anderem, die bürokratischen Hürden zu senken.

Markus Scholz im Landtag verpflichtet

Die Abgeordnete der Fraktion BÜNDNISGRÜNE, Kathleen Kuhfuß, legte am 13. September 2023 ihr Mandat nieder. Für sie zieht der Lehrer Markus Scholz aus Burgstädt in den Sächsischen Landtag ein. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler verpflichtete den neuen Abgeordneten am 20. September im Plenum.



Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Was hilft dem Wald?

Landtag debattiert über Holznutzung und Naturschutz

76. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Georg-Ludwig von Breitenbuch // Fotos: S. Floss

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 76. Sitzung des Sächsischen Landtags befassten sich die Abgeordneten mit dem Thema: »Sachsens Wälder nicht verrotten lassen – den Rohstoff Holz nachhaltig nutzen«. Die CDU-Fraktion hatte es beantragt. //

Ressourcen nutzen

Grundlage des menschlichen Lebens sei seit Jahrhunderten die Nutzung von Holz, eröffnete Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, die Debatte. Anstatt aber die Ressource zu nutzen, ließe man sie in Teilen lieber verrotten. Flächenstilllegungen, Prozessschutz, Wildnis – all das seien Begriffe einer akademischen Naturelite. Sie agiere rücksichtslos aus Ämtern heraus. Der Schatz des Waldes werde auf diese Weise verplempert.

Sachsen besitze einen enormen Holzvorrat, nutze ihn jedoch zu wenig, befand Jan-Oliver Zwerg, AfD. Damit verschenke man Wertschöpfung im ländlichen Raum sowie günstige und umweltverträgliche Heizenergie. Die Brennholznutzung sei ein Teil des Holzkreislaufs und gerade in Zeiten teurer Energie für viele Haushalte sehr wichtig. Zum Bauen mit Holz müsse bedacht werden, dass dieses

// Andreas Heinz

Material gewisse Nachteile habe. So sei im Geschossbau immer die Frage des Brand-schutzes zu bedenken.

Wenig Totholz vorhanden

Antonia Mertsching, DIE LINKE, stellte klar, dass Totholz für ein Fünftel der Organismen des Waldes ein Lebensraum sei. Sterbe ein Baum, führe das zur höchsten Vielfalt an Holzbewohnern. Doch aktuell gebe es in Deutschlands und Europas Wäldern viel zu wenig Totholz. Es mache daher fassungslos, wenn Totholz aus den Wäldern geholt werde, um es zu verbrennen. Der Holzeinschlag zur Energieerzeugung habe den höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung erreicht.

Volkmar Zschocke, BÜNDNISGRÜNE, führte zum Debattentitel aus, dass nicht die Wälder verrotten würden, sondern nur ein Teil des

Holzes. Genau das aber sei überlebensnotwendig für den Wald sowie einen gesunden und nährstoffreichen Waldboden. In Sachsen versuche man, die Wälder für den Klimawandel fit zu machen. Dazu würden die sächsischen Waldbesitzer bei der Schadensbeseitigung und beim Waldumbau mit hohen Millionenbeträgen unterstützt.

Sorge ums Ökosystem

Beim Thema Wald dürfe nicht zuerst danach gefragt werden, wie Holz vermeintlich nachhaltig genutzt werden könne, so Volkmar Winkler, SPD. Vielmehr gehe es darum, robuste Ökosysteme zu erhalten oder wiederherzustellen. Dazu gehörten insbesondere der Waldboden, der Wasserhaushalt und die Artenvielfalt. Wenn man nur darüber rede, welche klimastabilen Bäume wachsen würden, um unsere Holzträge zu sichern, dann habe man nichts gewonnen.

Umweltminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, stellte zunächst klar, dass es ein sächsisches Waldgesetz gebe und darin die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes festgeschrieben sei. Deshalb könne keine Rede davon sein, die Nutzfunktion abzuschaffen. Das nationale Biodiversitätsziel sehe vor, fünf Prozent der Wälder dem Prozessschutz zu übergeben. Das bedeute aber auch, dass bei 95 Prozent die Holznutzung im Vordergrund stünde.



Schule in Schiefelage

DIE LINKE sieht gravierende Mängel im Bildungsbereich

77. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Die Bildungspolitik bildete einen weiteren Schwerpunkt der 77. Sitzung des Sächsischen Landtags am 21. September 2023. Das Thema der dritten Aktuellen Debatte »Schule nicht nur als Ort zum Pauken, sondern zum Verlieben, Streiten und Lernen: Bildungswende JETZT!« hatte die Fraktion DIE LINKE angemeldet. Auf Initiative eines Bündnisses aus Gewerkschaften und Bildungsverbänden fand Ende September ein bundesweiter Protesttag statt. //

Schwächen beheben

Nach Ansicht von Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, sei die Situation in den Schulen alarmierend. Laut Ifo-Bildungsbarometer betrachteten 82 Prozent der Befragten den Lehrermangel in Sachsen als ernsthaftes Problem und 70 Prozent seien der Meinung, dass besonders das Geld fehle. Es bestehe nicht mehr nur eine Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation, vielmehr herrsche regelrecht Angst um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Holger Gasse, CDU, betonte, dass die Bildungspolitik in Sachsen durchaus erfolgreich sei. Eine »Wende«, wie im Debattentitel behauptet, sei nicht notwendig. Schließlich belege Sachsen bereits zum 18. Mal in Folge Platz 1 beim bundesweiten Bildungsmonitor. Das grundlegende Ziel sei es nach wie vor, jedem Kind einen Schulabschluss zu ermöglichen, der den individuellen Bedürfnissen

und persönlichen Kompetenzen entspreche. Schulen hätten primär eine Aufgabe als Lernorte.

Herausforderungen schaffen

Romy Penz, AfD, unterstrich, dass Kinder lernen wollen und auch Herausforderungen gern annehmen würden, um sich mit anderen zu messen. Sachsen belege den ersten Platz beim Bildungsmonitoring, doch der jüngste IQ-Bildungstrend habe ebenso zum Ausdruck gebracht, dass 13 Prozent der Grundschüler in Mathematik und im Lesen nicht einmal mehr den Mindeststandard erfüllten. Gleichzeitig besuchten immer mehr Kinder nach der vierten Klasse das Gymnasium.

Auch sie sehe, dass sich etwas ändern müsse, sagte Dr. Claudia Maicher, BÜNDNISGRÜNE. Es tue der Debatte jedoch gut, auch ein paar positive Schlaglichter zu werfen. So

sei Sachsen bei den Ausbildungszahlen sehr gut aufgestellt. 18 Prozent der Abiturienten fingen ein Lehramtsstudium an. Aktuell gebe es 2 700 Studienplätze, von denen gar nicht mehr alle besetzt werden könnten. 2 000 junge Menschen beendeten jährlich ihre Erzieherausbildung.

Neues wagen

Sabine Friedel, SPD, wies ebenfalls auf Erfolge in der Schulpolitik hin. Die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz ins Gesetz zu schreiben, sei ein harter Kampf gewesen. Weiteres Potenzial berge aus ihrer Sicht vor allem das Thema jahrgangsübergreifender Unterricht an Grundschulen. Wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse zeigten, dass er die Eingewöhnung enorm erleichtere, das Selbstvertrauen der Kinder stärke und die Lehrkräfte entlasten könne.

Ein Bildungssystem höre dann auf, gut zu sein, wenn es sich nicht mehr weiterentwickle, gab Kultusminister Christian Piwarz, CDU, zu bedenken. Im Diskussionsprozess »Bildungsland Sachsen 2030« orientiere man sich deshalb an gesellschaftlichen Herausforderungen und globalen Trends. Die Einführung der Verbeamtung im Jahr 2018 zeige indes Wirkung. Heute könnten über 90 Prozent der Bewerber im Staatsdienst begrüßt werden, vor der Verbeamtung waren es 65 Prozent.

// Christian Piwarz

// Luise Neuhaus-Wartenberg // Fotos: O. Killig





77. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Jan Hippold // Fotos: O. Killig



// Jörg Urban



// Nico Brünler



// Gerhard Liebscher



// Henning Homann

Dr. Daniel Thieme

Wunsch und Wirklichkeit

AfD-Fraktion sieht Autoproduktion in Sachsen gefährdet

AfD: Wunschdenken stoppen

Sachsen besitze als Autoland eine lange Tradition. Doch die Politik habe immer neue Hindernisse für den bisher erfolgreichen Verbrennungsmotor geschaffen, hob Jörg Urban, AfD, an. Die Technik solle mit allen Mitteln aus dem Markt gedrängt werden. Die von der Bundesregierung angepeilten 15 Millionen Elektroautos auf deutschen Straßen seien realitätsfernes Wunschdenken. Zu befürchten sei, dass auch

// Am 21. September 2023 debattierten die Abgeordneten des Sächsischen Landtags über den Antrag der Fraktion AfD zum Thema: »100 000 Arbeitsplätze auf der Kippe: Autoindustrie in Sachsen durch Technologie-Offenheit retten!«. Es war die erste Aktuelle Debatte der 77. Sitzung. //

in anderen Industriezweigen massiver Schaden entstehe. Strompreise, Gaspreise, Mobilitätskosten seien allesamt Standortfaktoren. Sie stiegen in Deutschland aktuell ins Unermessliche. Industriepolitik solle sich daher wieder an den Bedürfnissen der Unternehmen

und am Machbaren ausrichten. Seine Fraktion fordere deshalb, das kommende Verbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor aufzuheben, dem Markt wieder mehr Freiheit einzuräumen und bezahlbare Energiepreise zu schaffen.

CDU: Technologieoffenheit zulassen

Jan Hippold, CDU, stellte fest, dass die derzeitige Debatte zur Transformation in der Industriepolitik zwischen zwei Extrempositionen schwanke. Einerseits einer weitgehenden Ablehnung staatlichen Handels und andererseits dem naiven Glauben an die Steuerungsfähigkeit des Strukturwandels durch den Staat. Die heutige Industriepolitik müsse jedoch zwischen diesen Polen liegen. Sie solle die Voraussetzungen für einen auf

Wettbewerb basierenden Strukturwandel schaffen und gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft sichern. Die Transformation der Automobilindustrie in Sachsen stelle eine Herausforderung dar, biete aber auch Chancen für Innovation und eine nachhaltige Mobilität. Die kommende Aufgabe werde es sein, den Transformationsprozess unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu begleiten. Benötigt würden keine überbordenden Regelungen, sondern Anreize. Dazu gehöre auch die Technologieoffenheit.

DIE LINKE: Stellenabbau ist kein Scheitern

Der Aufhänger der Debatte seien Diskussionen im VW-Konzern zur aktuellen Aufstellung der E-Mobilität, erklärte Nico Brünler, DIE LINKE. Für die 269 betroffenen Mitarbeiter seien die Pläne eine persönliche Katastrophe. Die Hängepartie der vergangenen Wochen habe allgemein zu großer Verunsicherung geführt, schließlich gebe es weitere 2 000 befristet Beschäftigte bei VW Sachsen. Selbst wenn all diese Arbeitsplätze zur Disposition stünden, bedeute das aber noch längst kein Scheitern. Dann würde man lediglich auf die Beschäftigtenzahlen vor der E-Mobilität zurückfallen. Momentan gebe es zwar einen Knick in der Nachfrage nach E-Autos, aber langfristig seien die Tendenzen klar. In China würden beispielsweise im Moment die Zulassungszahlen von Fahrzeugen wachsen, der Spritverbrauch aber trotzdem sinken. Auch in Norwegen sei seit vielen Jahren der E-Golf das am meisten verkaufte Auto.

BÜNDNISGRÜNE: Harte Konkurrenz

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, gab zu bedenken,

dass die Absatzzahlen der heimischen E-Auto-Produktion infolge des Subventionsabbaus stagnierten. Aber wer deswegen die Zeit zurückdrehen wolle, erweise der Automobilindustrie einen Bärendienst. Die Mobilitätswende sei längst weltweit im Gange und unerlässlich zum Schutz des Klimas. Die sächsische Automobillieferindustrie stehe im scharfen globalen Wettbewerb. Was man bei VW in Zwickau erlebe, sei die Folge eines harten Effizienzprogramms. Die sächsische Automobilindustrie konkurriere bei der Umstellung der Antriebe mit teilweise hoch subventionierten Marktführern, wie beispielsweise BYD in China oder Tesla aus den USA. Auch die heimische Solarindustrie befinde sich in einem harten internationalen Wettbewerb. Seine Fraktion fordere daher die schnelle Einführung von wettbewerbsfähigen Energiepreisen für die Industrie, betonte Liebscher.

SPD: Nicht an E-Mobilität zweifeln

Es sei richtig, auf die Elektromobilität zu setzen, machte auch Henning Homann, SPD, deutlich. Folge man hingegen der Meinung der AfD, würde Deutschland ab dem Jahr 2030 oder 2035 gar keine Autos mehr exportieren. Denn in den großen Exportmärkten dieser Welt seien Autos mit Verbrennungsmotor dann nicht mehr zugelassen. Sachsen müsse ein Autoland der Zukunft bleiben. Genau deshalb setze man auch auf Elektromobilität. VW habe über 1,2 Milliarden Euro investiert, Porsche 600 Millionen Euro. BMW investiere 100 Millionen Euro in eine moderne Batteriefabrik. Der größte Fehler, den man als Politiker machen könne, sei es, diesem Innovationsgeist Stöcke in die Speichen zu werfen. Wer aus dem kleinen Rückschritt von knapp 270 nicht verlänger

»Die Kolleginnen und Kollegen in Zwickau, in Chemnitz und in Dresden brauchen Sicherheit.«



// Petra Köpping

77. Sitzung des Sächsischen Landtags

ten Arbeitsverträgen am Ende eine Panikkampagne mache, der unterstütze vor allem die chinesischen Autohersteller.

Staatsregierung: Fachkräfte nicht gehen lassen

Staatsministerin Petra Köpping, SPD, sprach in Vertretung von Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD. Sie würdigte die Leistung der VW-Beschäftigten am Standort Zwickau, die sechs Modell-einführungen vorbildhaft auf den Weg gebracht hätten. Die Volkswagen-Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen befänden sich aktuell in großer

Unsicherheit. Man wolle sie mit aller Kraft unterstützen. Auch in der Zulieferbranche gebe es eine große Unruhe. Um den Beschäftigten Sicherheit zu vermitteln, brauche es Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Ein Stellenabbau berge das Risiko, dass wertvolle Menschen vielleicht in andere Branchen abwandern und in der Zukunft nicht zur Verfügung stünden. China subventioniere E-Mobilität mit großen Summen. Dem müsse man Rechnung tragen. Deshalb brauche es hierzulande ebenfalls ein Programm, um in diesem Bereich konkurrenzfähig zu bleiben.

Petitionsbericht 2022 verabschiedet

Am 21. September 2023 verabschiedete der Sächsische Landtag den Petitionsbericht 2022. Ein Schwerpunkt der 460 eingereichten Petitionen lag auf sozialen Themen. Unter anderem erhielt der Landtag eine Sammelpetition mit über 17 000 Unterschriften zur Personalsituation in sächsischen Kitas. Aber auch andere Themen spielten eine Rolle, beispielsweise der Schutz von Fußgängern und Radfahrern. Außerdem ging eine hohe Zahl an Eingaben im Bereich der schulischen Bildung ein. Das zentrale Thema war hier der Lehrerberuf in Sachsen.





Fotos: O. Killig

77. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE stammte das Thema der zweiten Aktuellen Debatte am 21. September 2023. Es lautete »Gartenland Sachsen – gemeinsame Verantwortung für unsere grünen Schätze in Zeiten des Wandels«. In Sachsen gibt es 34 Kleingartenverbände mit insgesamt 184 000 Mitgliedern. //

Dr. Daniel Thieme

Grünes Gold

Fraktionen würdigen Bedeutung von Gärten und Parks in Sachsen

Chancen auf Entwicklung

Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, lobte eingangs Sachsens Vielfalt an Parkanlagen, Kleingartenverbänden und Gartenbauunternehmen. Sie böten sehr gute Voraussetzungen für erfolgreiche Regionalentwicklung. Impulse dafür könnten von Landes- und Bundesgartenschauen ausgehen, die Menschen begeisterten und angedachte Projekte beschleunigten. Die im Raum stehende Bewerbung der Landeshauptstadt Dresden für das Jahr 2033 solle finanziell unterstützt werden.

Der Wunsch nach einer Bundesgartenschau in Sachsen sei richtig, befand auch Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU. Sie

// Antonia Mertsching



könne Anregungen bieten, Gärtnern und Parkpflegern in Sachsen eine Plattform geben und ihnen Achtung zollen. Die vielen schönen privaten Gärten und Kleingärten seien eine Freude. Sie führten das Menschsein mit der Natur zusammen. Nebenbei erfüllten sie auch einen wichtigen Gesundheitsaspekt, nämlich sich darin zu ertüchtigen.

Leistung der Fachleute

Seinen guten Ruf habe das Gartenland Sachsen dem Wirken und Schaffen der Gartenbaupraktiker und Wissenschaftler zu verdanken, sagte Thomas Prantl, AfD. Generationen von Fachleuten hätten sich Anerkennung und Respekt verdient, indem sie mit Böden, Wetter- und sich ändernden Klimaverhältnissen, aber auch mit gesellschaftlichen Umbrüchen arbeiten mussten. Klimakleber und Freitagsschulschwänzer hätten hingegen keinen Anteil an Sachsens Gartenkultur.

Antonia Mertsching, DIE LINKE, würdigte zunächst ebenfalls die Bedeutung von Kleingärten. Sie seien Orte der sozialen Vielfalt und der Begegnung. Es gebe allerdings ein starkes Stadt-Land-Gefälle. In der Stadt fänden sich kaum freie Kleingärten, auf dem Lande könnten die vorhandenen mitunter nicht mehr bestellt werden. Dort würden die

Menschen immer älter oder immer weniger. Leerparzellen wiederum erhöhten die finanzielle Belastung für die verbliebenen Nutzer.

Nutzungskonkurrenz ausgleichen

Volkmar Winkler, SPD, machte ebenfalls auf die Bedingungen in der Stadt aufmerksam. Parks und Gärten zögen in der Abwägung mit Bau- und Infrastrukturprojekten oft den Kürzeren. Die grüne Infrastruktur solle deshalb besser geschützt und als Teil der Daseinsvorsorge anerkannt werden. Es brauche Lösungen, um die Nutzungskonkurrenzen besser auszugleichen. Beim Thema Bundesgartenschau stehe seine Fraktion fest hinter der Dresdner Bewerbung für das Jahr 2033.

Umweltminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, verwies auf konkrete Maßnahmen, mit denen sein Haus sächsische Gärten unterstütze. So gebe es beispielsweise die Sächsische Gartenakademie, die eng mit dem Landesverband der Kleingärtner zusammenarbeite. Weiterhin habe man die Studie »Bedarfsgerechte nachhaltige Entwicklung von Kleingartenanlagen in Sachsen« beauftragt und fördere den Wettbewerb »Gärten in der Stadt«. Die Broschüre »Unser Kleingarten« helfe dabei, neue Mitglieder zu gewinnen.



Fotos: S. Floss und MQ-Illustrations – stock.adobe.com

Janina Wackernagel

Finanzspritze für die sächsischen Kommunen

Haushalts- und Finanzausschuss spricht sich für Gesetzesänderung aus

// Rund 133 Millionen Euro zusätzlich sollen die sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte für das Jahr 2023 erhalten. Die Koalitionsfraktionen haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, über den im Haushalts- und Finanzausschuss am 25. August 2023 in einer Anhörung beraten wurde. //

Kommunen benötigen eine angemessene Finanzausstattung, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ihre Gelder generieren sich nicht nur aus ihren eigenen Einnahmen, sondern werden im Rahmen des Finanzausgleichs um Zuweisungen des Freistaates ergänzt. Ein Großteil dieser Mittel ist ungebunden, sodass die Kommunen eigenverantwortlich entscheiden können, wofür sie diese verwenden. Über die Höhe der Zuweisungen wird in den alle zwei Jahre stattfindenden Haushaltsverhandlungen entschieden. Für 2023/2024 sind dafür rund 4,2 Milliarden Euro vorgesehen. Um diese festgesetzte Summe zu korrigieren, muss der Landtag das sogenannte Finanzausgleichsmassengesetz ändern.

Genau diesen Prozess setzten die Fraktionen CDU, BÜNDNIS-GRÜNE und SPD jüngst in Gang. Am 27. Juni 2023 erhielt der Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags den Entwurf einer Gesetzesänderung zugeleitet. Er sieht eine Aufstockung der Finanzausgleichsmasse um rund 133 Millionen Euro für das Jahr 2023 vor, da die sächsischen Kommunen seit einiger Zeit eine äußerst angespannte Haushaltslage verzeichnen.

Ralf Leimkühler, stellvertretender Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetags, verwies in der dazugehörigen Anhörung des HFA darauf, dass eine solche Anpassung außer der Reihe sicherlich ein Sonderfall sei und von den Kommunen sehr geschätzt werde.

Nachdrücklich schilderte Dr. Caroline-Antonia Hummel, Referentin im Sächsischen Landkreistag, die prekäre Situation der Kommunen. Es gelinge derzeit keinem Landkreis, einen originären Haushaltsausgleich darzustellen. Im Jahr 2024 rechnet man mit einem Defizit von insgesamt 300 Millionen Euro. Lasten würden in erheblichem Umfang in Folgejahre vorgetragen und somit, einschließlich aller damit verbundenen Risiken, in die Zukunft verschoben.

Dies liege nicht an Einnahmeproblemen, sondern speziell an stark steigenden Ausgaben. Kommunen hätten inzwischen höhere Personal- und Sachausgaben, sie müssten mehr Gelder zum ÖPNV zuschießen, die Energiekrise habe vielen zugesetzt und schließlich steige der größte Posten, die Sozialausgaben, beständig. Dr. Stephan Meyer, Landrat im Landkreis Görlitz, betonte, dass der Bund stärker in die Pflicht kommen müsse, bei Änderungen von Bundesgesetzen auch die Finanzierung zu übernehmen.

Stefan Rix, Vizepräsident im Sächsischen Rechnungshof, hob hervor, man müsse die Ausgabenseite genau analysieren, bevor man zu dauerhaften Regelungen komme. Ergänzend wies Dr. Mario Hesse, Universität Leipzig, darauf hin, dass in sächsischen Kommunen nur rund 10 Prozent des Finanzvolumens für deren sogenannte freiwilligen Aufgaben eingesetzt werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss sprach sich schließlich für den Gesetzentwurf aus. Er leitete ihn mit einer Beschlussempfehlung an das Plenum zurück, das abschließend darüber abstimmen wird.

ZUM NACHLESEN

Wortprotokoll der Anhörung



Videoaufzeichnung



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Schwangeren im Freistaat Sachsen (Sächsisches Schwangersenselbstbestimmung Stärkungsgesetz - SächsSchwSelbstbestStärkG) 7/13495 DIE LINKE	Schwangere sollen ungehinderten, barrierearmen, wohnortnahen und weltanschaulich freien Zugang zur Schwangerschaftskonfliktberatung sowie zu Praxen und Kliniken für die Vornahme eines etwaig gewünschten Abbruchs bekommen.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) am 4. September 2023
Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im Freistaat Sachsen 7/14240 DIE LINKE	Die den Gemeinden eingeräumte Möglichkeit, von Grundstückseigentümern Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen zu erheben, soll wieder abgeschafft werden.	1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 21. September 2023
Gesetz zur Änderung der sächsischen Vollzugsgesetze 7/14270 Staatsregierung	Die Haftbedingungen und Gefangenenrechte in sächsischen Vollzugsanstalten sollen verbessert werden. Zudem erfolgen datenschutzrechtliche Anpassungen.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 29. August 2023
Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Sachsen (Sächsisches Zweckentfremdungsverbotsgesetz) 7/14305 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Über eine Satzungsermächtigung soll es Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten ermöglicht werden, die Nutzung von Wohnraum für andere Zwecke unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen, um so das Gesamtwohnraumangebot erhalten zu können.	Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung am 1. September 2023
Sächsisches Gesetz zur Durchführung des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch und weiterer Sozialer Entschädigungsgesetze (SächsDGSGB XIV) 7/14375 Staatsregierung	Nach Novellierung des SGB XIV sollen weitere Zuständigkeiten für Aufgaben der Sozialen Entschädigung, beispielsweise für Opfer von Gewalttaten oder Kriegen, auf den Kommunalen Sozialverband übertragen werden.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 11. September 2023
Siebtes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes 7/14481 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zum Erhalt der Hörfunkprogrammvielfalt soll die Übertragung auf Ultrakurzwelle dauerhaft erhalten bleiben. Außerdem erfolgen organisatorische Anpassungen in der Landesmedienanstalt.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus am 19. September 2023

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zum Vierten Medienänderungsstaatsvertrag 7/13511 Staatsregierung	Mit dem Gesetzentwurf wird der Staatsvertrag in Landesrecht überführt. In diesem werden Vorgaben zu einheitlichen Compliance-Standards, Transparenz, Interessenkollision und zur weiteren Stärkung der Gremienaufsicht im Medienstaatsvertrag verbindlich für alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und das Deutschlandradio festgeschrieben.	angenommen
Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen 7/13243 Staatsregierung	Ziel des Gesetzes ist die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Herstellung von Chancengerechtigkeit in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung im Freistaat Sachsen.	angenommen

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 21. September 2023.

Gelebte Tradition im Erzgebirge

Sächsischer Landtag



// Tanzshow der KARO DANCERS Schlema e. V. // Foto: M. Rietschel

// Nach drei Jahren ohne den »Tag der Sachsen« fand das Volksfest in diesem Jahr wieder statt. Die Gastgeberstadt Aue-Bad Schlema hatte zu ihrem 850. Jubiläum ganz Sachsen eingeladen. Auf dem Festgelände, der Vereinsbühne und im Zelt des Sächsischen Landtags herrschte an allen drei Tagen heitere Stimmung. //



Willkommen zurück!

150 000 Besucher feiern nach drei Jahren Pause den »Tag der Sachsen« in Aue-Bad Schlema

// Sachsen feierte vom 1. bis 3. September das größte Volksfest im Freistaat. Am »Tag der Sachsen« beteiligten sich 280 Vereine und mehrere Tausend Ehrenamtliche. Höhepunkte des Wochenendes waren das Singen des Steigerliedes durch 21 000 Menschen sowie der Festumzug am Sonntag. Der Sächsische Landtag präsentierte sich gemeinsam mit den Fraktionen sowie der Staatsregierung und weiteren Akteuren im Demokratieviertel. //

Die Maskottchen des »Tags der Sachsen« 2023 waren unermüdlich auf dem gesamten Festgelände unterwegs und trafen dabei auch Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler für ein Foto.



Der Sächsische Landtag empfing die Besucher des »Tags der Sachsen« in einem eigenen Zelt am Kulturhaus der Stadt Aue-Bad Schlema.



Im Erzgebirgsstadion, der Spielstätte des Fußballdrittligisten FC Erzgebirge Aue, hatten mehrere Einsatzkräfte ihre gemeinsame Leitstelle bezogen. Für ihren Dienst während des Festwochenendes bedankte sich der Landtagspräsident vor Ort.



Wer sein Wissen über den Landtag testen wollte, konnte bei einem Quiz mitmachen und mit etwas Glück einen der Sachpreise gewinnen.



Post vom »Tag der Sachsen« versenden? Kein Problem. Die Gäste im Landtagszelt nutzten die Gelegenheit für Grüße an Freunde und Bekannte zahlreich. Der Briefkasten für die Landtagspost steht normalerweise im Bürgerfoyer des Landtags in Dresden.





Auf der Bühne des Sächsischen Landtags begeisterten das ganze Festwochenende zahlreiche Vereine das Publikum. Die Künstler, wie der Spielmannszug TV »Deutsche Eiche« Hirschfeld, führten Musik-, Tanz- und Akrobatikstücke auf.



Die Ausstellung »Parlament der Sachsen« informierte mit Zahlen, Fakten und Schaubildern über die Arbeit des Sächsischen Landtags.



Ein besonderes Erinnerungsstück gab es am Fotopunkt des Landtags. Dort konnte man, wie die Lichtensteiner Rosenprinzessin, vor einer Fotowand sitzen und den ausgedruckten Schnappschuss gleich mitnehmen.



Reges Treiben herrschte an den drei Tagen vor allem am Publikationsstand des Landtags. Bücher, Zeitschriften oder Schülerkalender gingen dort über die Theke.

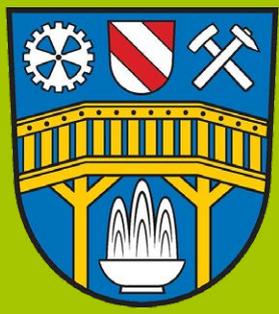


Auch das war möglich: Vor Ort einen Blick in den Plenarsaal werfen. Dazu konnten sich Besucher eine VR-Brille aufsetzen und dann durch den virtuellen Landtag navigieren.



Kleinere Kinder hatten in der Spielecke ihren Spaß. Sie konnten unter anderem mit Buntstiften einen lustigen Landtags-Comic ausmalen.

Fotos: M. Rietschel



STADTPORTRAIT AUE-BAD SCHLEMA

Die seit 2019 fusionierte Stadt Aue-Bad Schlema ist geprägt von ihrer langen Bergbaugeschichte. Seit dem Mittelalter schlugen die Einwohner Zinn, Silber und andere Erze aus dem Stein. Nach dem Zweiten Weltkrieg baute die Wismut für mehrere Jahrzehnte Uran ab. Heute stellt die Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema ein wichtiges Zentrum für Handel, Dienstleistung und Wirtschaft im Erzgebirgskreis dar. Der Tourismus spielt in der »Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří«, die seit 2019 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, ebenfalls eine wichtige Rolle. In der Stadt leben heute circa 20300 Einwohner.



// Musikalische Umrahmung des Festaktes durch den Kinderchor der Rudolf-Hildebrand-Schule Markkleeberg // Fotos: T. Schlorke

Dr. Daniel Thieme

»Zivilcourage und Rückgrat sind unentbehrlich.«

Heinz Eggert erinnert und ermutigt am Tag der Deutschen Einheit

// Seit genau 30 Jahren begeht Sachsen den Tag der Deutschen Einheit im neu errichteten Plenarsaal des Sächsischen Landtags. Zum diesjährigen Festakt sprach der Bürgerrechtler und frühere sächsische Innenminister Heinz Eggert als Festredner. //

Die Plätze im weiten Rund des Plenarsaals waren am 3. Oktober 2023 gut gefüllt. Zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft nahmen im Sächsischen Landtag an der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit teil. Unter ihnen waren viele Bürgerinnen und Bürger. Besonders ihnen ist das Parlament der Sachsen als Ort der repräsentativen Demokratie gewidmet. Gemeinsam erlebten die Anwesenden eine festliche Veranstaltung, die der Kinderchor der Rudolf-Hildebrand-Schule Markkleeberg mit berührender Musik umrahmte. Die Schülerinnen und Schüler sangen zu Beginn u. a. »Eine kleine Nachtmusik« in einer Bearbeitung von Lorenz Maierhofer.

Den Höhepunkt des Festakts bildete die Rede des früheren Bürgerrechtlers und Zeitzeugen Heinz Eggert. Seinen Weg in die Politik begann der Theologe 1990 als Landrat in Zittau. Ein Jahr später berief ihn Kurt Biedenkopf als Innenminister in die Sächsische Staatsregierung. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt blieb Heinz Eggert bis 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags.

Historische Leistung der Bürger

Bevor der Festredner das Wort ergriff, sprachen am 3. Oktober zunächst Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler sowie Minis-

terpräsident Michael Kretschmer. Der Landtagspräsident würdigte in seiner Begrüßungsansprache das Doppeljubiläum aus der Deutschen Einheit und der Wiedergründung des Freistaates Sachsen im Jahre 1990. »Uns ist damals unter günstigen Umständen, mit viel Eigeninitiative, aber auch mit riesiger Solidarität innerhalb unserer Nation etwas Herausragendes gelungen.« Die Bürgerinnen und Bürger könnten auf die weltgeschichtliche Leistung der Friedlichen Revolution stolz sein.

Die historische Einordnung helfe zudem dabei, die aktuelle Situation richtig zu deuten. Rößler appellierte: »Die demokratische Bürgergesellschaft muss offen die Fragen der Zeit

diskutieren: Energie, Wohnen, Klima, Migration, Daseinsvorsorge – der Herausforderungen sind es viele.« Er sehe jedoch auch, dass viele Menschen die Politik als schwach wahrnehmen würden. »Ich höre das Wort vom »Kontrollverlust«. Und ja, ich verstehe die Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen, das Unverständnis darüber, wenn Verantwortliche vor elemen-

// Dr. Matthias Rößler



taren Realitäten die Augen verschließen, anstatt die Herausforderungen tatkräftig anzupacken.«

Der Parlamentspräsident warnte jedoch davor, die Demokratie als Ganzes in Frage zu stellen. »Nie gibt es Alternativlosigkeit in der Demokratie. Immer aber gibt es Alternativlosigkeit zur Demokratie als verfasste Ordnung der Gleichheit in Freiheit.«

Frieden als Grundvoraussetzung

Michael Kretschmer erinnerte ebenfalls an die Kraft des demokratischen Neubeginns in Sachsen. »Was für ein Aufbruch war das 1990? Was für eine Hoffnung und Zukunftsgewissheit?«, fragte er. Die Grundlage für die Deutsche Einheit seien die vielen mutigen Menschen gewesen, die dem SED-Regime ein Ende bereitet hätten, so der Ministerpräsident.

Der Blick dürfe aber nicht nur in der Geschichte verhaftet bleiben, sondern müsse in die Zukunft gerichtet sein. »Wir sind Zeitzeugen, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die soziale Marktwirtschaft, die Meinungsfreiheit, das bessere Konzept sind als Sozialismus und Planwirtschaft.« Der geschaffene Wohlstand und die positive Entwicklung müssten auch weiterhin fortbestehen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür sei Frieden. Kretschmer forderte

// Michael Kretschmer



deshalb mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eine kluge, beharrliche Politik, die auf Gespräche und auf verantwortungsvolle Diplomatie setze.

Verständnis für Ostdeutsche

Festredner Heinz Eggert sprach hauptsächlich über seine Erinnerungen an die Jahre 1989 und 1990. Aus seiner Sicht sei der Prozess der Deutschen Wiedervereinigung alles andere als einfach gewesen. »Gott sei Dank war in der Mehrheit der Bevölkerung der Wille zur Einheit da, aber es fehlten die tragenden und vorausschauenden Konzepte. Stattdessen jede Menge Irrtümer und Vorurteile«, so Eggert. Kritikwürdig sei auch, dass führende Köpfe die Situation damals falsch bewertet hätten: »Interessant ist doch, dass sich die Experten in der Bundesrepublik Deutschland, ob auf dem Geistesgebiet, ob in der Journalistik oder in der Wirtschaft zum größten Teil schon zu DDR-Zeiten getäuscht haben.«

// Festredner Heinz Eggert



In der Gesellschaft seien bis heute diese Muster zu spüren, so der ehemalige Bürgerrechtler. »Damals wurde der Grundstein gelegt für eine überhebliche Einstellung, die in Teilen bis heute anhält.«

Eggert mahnte in seiner Rede Verständnis für die Menschen in Ostdeutschland an, indem er fragte: »Aber wie ist es, wenn man lernen muss mit dem grundlegenden Wandel aller Lebensverhältnisse umzugehen? Sich dem Neuen zu öffnen, ohne es kritiklos zu übernehmen. Ist Unsicherheit hier nicht eine vollkommen normale menschliche Reaktion?«

Weiter sagte er: »Vergessen wir also nicht: Die Ostdeutschen haben – bei aller Freude über die Abschaffung der Diktatur – eine ungeheuer schwierige und kräfteverschleißende Umstellungsleistung erbracht. Diese Leistung sollte besonders am heutigen Tag gewürdigt werden und wir sollten auch selbst stolz darauf sein«, so der 77-jährige Festredner.

Im Hinblick auf die aktuellen Umfragen zum schwachen Vertrauen in die Demokratie sagte



Eggert: »Auch wenn es ein Glück ist, in einem Land mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung geboren zu sein, so muss man deutlich fragen, ob es für dieses Land noch ein Glück wäre, wenn alle Bürger und Bürgerinnen darin eine Selbstverständlichkeit sähen.« Er ergänzte: »Zivildourage und Rückgrat sind unentbehrlich.«

Video der Live-Übertragung:



Jerome Hennersdorf

HEREIN- SPAZIERT!

Tag der offenen Tür im Landtag
am 3. Oktober 2023

Traditionell fand am 3. Oktober der Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag statt. Mehr als 2100 Gäste nahmen das zum Anlass, sich beispielsweise durch das Gebäude führen zu lassen und sich die Funktionsweisen des Parlaments vom Landtagspräsidenten persönlich erklären zu lassen oder in der Lobby ins Gespräch mit den Fraktionen zu kommen.



In zwei Diskussionsrunden wurden am Nachmittag viele spannende Fragen eingebracht. Fünf Abgeordnete der im Landtag vertretenen Fraktionen stellten sich dem Publikum.

Musikgruppen, Tanzformationen und das HipHop-Mobil Sachsen sorgten für Auflockerung zwischen den Diskussionsrunden.



In diesem Jahr gab es wieder die Möglichkeit, sich u. a. das Amtszimmer des Landtagspräsidenten anzuschauen. Viele Gäste nutzten die Chance, um mit dem Präsidenten persönlich ins Gespräch zu kommen.

Ob es um die Sächsische Verfassung oder den Landtagskurier geht, um Arbeitsabläufe im Parlament oder die Geschichte des Hauses: Am Publikationsstand konnten sich alle Besucherinnen und Besucher zum Landtag als Parlament, aber auch als Gebäude informieren.

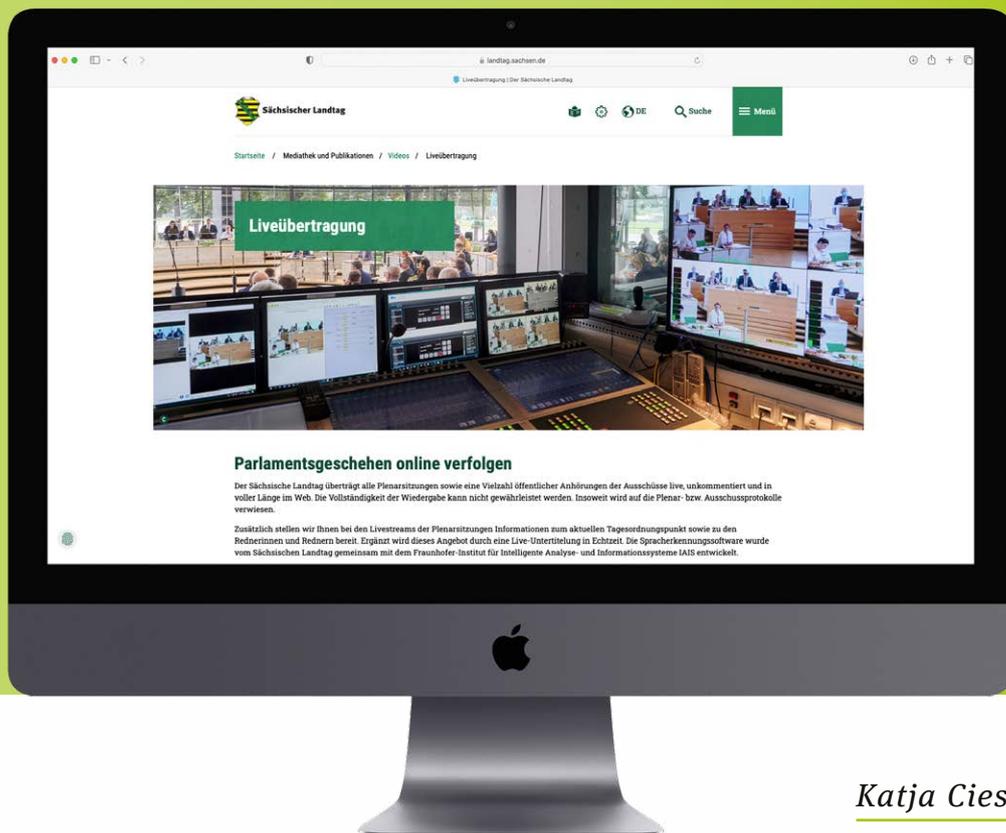


Auf den originalen Stühlen aus dem Plenarsaal fanden viele Besucherinnen und Besucher Platz und Zeit für ein Foto zum Mitnehmen.

Fotos: T. Schlorke



Nicht nur im Landtagsgebäude wurde den Gästen einiges geboten, auch auf dem Vorplatz war u. a. die Verkehrswacht samt Fahrradparcours für die Kleinen, sowie Überschlagssimulator und Fahrradsimulator zu Gast.



LANDTAG IM BEWEGTBILD

Ein umfassendes Videoangebot hält der YouTube-Kanal des Landtags bereit:

Erklärfilme:

Kurze verständliche Videos zeigen, wie Politik in Sachsen funktioniert; zum Beispiel Weg eines Gesetzes, Petitionen, Arbeit der Abgeordneten.

Aktuelle Debatten:

Die Debatten der Aktuellen Stunde im Plenum können hier abgerufen und geteilt werden.

Veranstaltungsmitschnitte:

Rückblicke auf Formate wie »Tag der offenen Tür«, Stadtfest oder Forum Mitteleuropa

Katja Ciesluk

Mehr Qualität und Quantität

Plenum und Anhörungen: Landtag erweitert Livestream- und Videoangebot

// Welche Argumente tragen die Abgeordneten in der Landtagsitzung vor? Wie wurde im Plenum darauf reagiert? Und wie positionieren sich Sachkundige in Anhörungen zu Gesetzesentwürfen oder Anträgen? Politisch Interessierte können die Debatten im Parlament jetzt noch komfortabler und einfacher nachvollziehen. Der Landtag hat sein Bewegtbild-Angebot modernisiert und ausgebaut. //



Foto: S. Floss

PLENUM: Moderner und nutzerfreundlicher Livestream



Seit vielen Jahren überträgt der Sächsische Landtag alle Plenarsitzungen als Livestream mit Untertitel im Internet. Eine breite Öffentlichkeit hat somit die Möglichkeit, das Geschehen im Parlament in Echtzeit zu verfolgen.

Qualität und Nutzerfreundlichkeit des Livestreams wurden jetzt spürbar aufgewertet. Eine hochwertige Bildqualität, eine Bildregie mit dem Wechsel von drei Kameraperspektiven sowie die Einblendung der Namen und Fraktionszugehörigkeit beziehungsweise des Amtes der jeweiligen Rednerinnen und Redner tragen modernen Sehgewohnheiten Rechnung. Zudem können Abgeordnete bei Fragen oder Kurzinterventionen sowie gegebenenfalls Gebärdensprachdolmetscher sichtbar eingeblendet werden, sodass das Plenargeschehen noch transparenter dargestellt wird.

AUSSCHÜSSE: Anhörungen im Videoarchiv abrufbar



Im vergangenen Jahr weitete das Parlament sein Livestream-Angebot auf öffentliche Anhörungen der Ausschüsse aus. Bürgerinnen und Bürger erhalten somit Einblick, wie sich Sachkundige im parlamentarischen Verfahren zu Gesetzesentwürfen oder Anträgen positionieren.

Auf der Website des Landtags steht ein Videoarchiv zur Verfügung, in dem die Mitschnitte der Anhörungen abrufbar sind. Das Archiv umfasst Videos ab Januar 2023, die dort jeweils am Folgetag der Anhörung bereitstehen. Derzeit werden ausschließlich Videos von Anhörungen aus dem Plenarsaal angeboten, die zuvor im Livestream übertragen wurden. Eine Suche nach Ausschuss, Stichworten und Datum erleichtert das Auffinden der einzelnen Videos.



// Übung der Bergwacht in der Sächsischen Schweiz // Foto: Volker Adler / DRK

// Einsatz der Bergwacht des DRK Sachsen beim Waldbrand 2022 // Foto: K. Kranich

Menschen helfen, Leben retten

Dr. Kai Kranich

DRK Sachsen ist mit
15 000 ehrenamtlichen Helfern aktiv



// Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ist einer der größten Akteure für humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung in Sachsen. Im Rettungswesen und dem Katastrophenschutz nimmt es zahlreiche Aufgaben wahr. Der Landesverband stellt seine Arbeit im Rahmen der Überarbeitung des Katastrophenschutzgesetzes durch den Sächsischen Landtag auf dieser Seite vor. //

Mehr rechtliche

Sicherheit

Ein Rettungswagen kommt zu einem Unfall und der Notarzt ist digital dabei. Der Patient erhält genau die Behandlung, die zur Rettung seines Lebens notwendig ist.

Eine abgestürzte Kletterin in der Sächsischen Schweiz: Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Bergwacht müssen ihren Arbeitsplatz verlassen, um die Verletzte aus dem unwegsamen Gelände zu retten. Ihren Lohn erhalten sie für diese Zeit dennoch.

So weit, so normal, könnte man meinen. Unser System der Gesundheitsversorgung und nicht polizeilichen Gefahrenabwehr soll im Notfall die beste, individuellste und modernste Versorgung ermöglichen. Und es soll ehrenamtliche Einsatzkräfte davor schützen,

beim Retten von Leben selbst eine finanzielle Bruchlandung zu erleben. Beides war bisher nicht selbstverständlich.

Erst mit der Novellierung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) beabsichtigt der Sächsische Landtag, den Bevölkerungsschutz in Sachsen auch in diese beiden Richtungen rechtlich verbindlich zu regeln.

Möglichkeiten

der Telemedizin

Mit der geplanten Experimentierklausel wird das Deutsche Rote Kreuz telemedizinische Innovationen zum Wohle der Patientinnen und Patienten einführen. Es wird damit mög-

lich, einen Notarzt virtuell mit auf den Rettungswagen zu nehmen. Dieser muss nicht mehr zusätzlich angefordert werden, was die Erstversorgung unnötig verzögern kann.

Hinzu kommen spürbare Verbesserungen für die 15 000 ehrenamtlichen Rotkreuzhelferinnen und -helfer: Unterhalb der Schwelle eines ausgerufenen Katastrophenalarms soll es Anspruch auf Verdienstaufschlag geben. Damit wäre die von den Hilfsorganisationen eingeforderte Helfergleichstellung umgesetzt, was eine besondere Motivation für die Ehrenamtlichen darstellt.

Flächendeckend

eine starke Basis

Das DRK ist mittlerweile seit mehr als 150 Jahren aktiv in Sachsen. Der Landesverband besteht aus 38 rechtlich eigenständigen Kreisverbänden mit 188 Ortsvereinen. Über 100 000 sächsische Bürgerinnen und Bürger engagieren sich beim DRK als Mitarbeitende, Ehrenamtliche oder Fördermitglieder.

Dr. Kerstin Thöns

Auf allen Ebenen unterwegs

Feuerwehren sorgen in Sachsen für mehr Sicherheit

// Allein durch das dichte Netz an Standorten und die enorme Zahl an Ehrenamtlichen sind die Feuerwehren zentraler Akteur des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Ihre Arbeit stellt der Landesfeuerwehrverband Sachsen vor. //

Der Landesfeuerwehrverband Sachsen e. V. (LFV) ist der wichtigste Interessenvertreter für die Feuerwehren im Freistaat Sachsen. Dazu gehören die freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren und die Werk- und Betriebsfeuerwehren. In Zahlen sind das aktuell 419 Gemeindefeuerwehren sowie 1706 Ortsfeuerwehren mit insgesamt 42 910 aktiven Mitgliedern. Im Freistaat Sachsen gibt es zudem acht Berufsfeuerwehren mit 19 Wachen und 2 222 Einsatzkräften. Hinzu kommen die Ehrenabteilungen sowie Jugend- und Kinderfeuerwehren.

Aufgaben des Landesverbandes

Der Landesfeuerwehrverband hat sich seit seiner Neugründung im Jahr 1992 sehr stabil entwickelt. Das Aufgabenspektrum ist vielfältig. Da der LFV seine »Brückenarbeit« auf Ebene des Präsidiums vor allem zwischen der Landespolitik – also dem Sächsischen Landtag und der Staatsregierung – sowie den Kreis- und Stadtfeuerwehren ausrichtet, gibt es kein feuerwehrspezifisches Themenfeld, mit dem sich der Verband nicht beschäftigt. Das Aufgabenspektrum spiegelt sich vor allem in der Arbeit der Fachbereiche wider. Dazu

gehören die Fachbereiche Einsatz, Soziales, Ausbildung, Technik, Vorbeugender Brandschutz, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerbe, Historie und Musik. Der Bogen spannt sich also von der Gefahrenabwehr im Katastropheneinsatz bis zur Traditionspflege. Da in den Fachbereichen Vertreter der Mitgliedsverbände sitzen, hat der LFV einen sehr engen Kontakt zu den jeweils aktuellen Problemen und Fragen auf kommunaler Ebene. Diese wiederum werden vor allem an den Innenausschuss des Landtags sowie an den Ministerpräsidenten und das Innenministerium übermittelt. Die direkte Kommunikation ermöglicht es, aktuelle Probleme effizient zu klären.

// Weiterbildung ist Pflicht in der Feuerwehr. //
Foto: K. Thöns



// Übung der Brandbekämpfung in einem Wohnhaus //
Foto: Feuerwehr Leipzig



Aktuelle

Herausforderungen

Im Jahr 2022 waren die verheerenden Waldbrände in Sachsen ein großes Thema. Der Sächsische Landtag hat für den Waldbrandschutz zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 30 Millionen Euro freigegeben. Zudem hat der Freistaat durch den Landesbranddirektor als erstes Bundesland eine ganzheitlich vernetzte »Strategische Waldbrandschutzkonzeption« geschaffen und als Handlungsrichtlinie für die Feuerwehren veröffentlicht. Die LFV-Fachbereiche publizieren außerdem Fachempfehlungen für die sächsischen Feuerwehren. Der LFV Sachsen e. V. ist regelmäßig im Sächsischen Landtag in Gremien, Anhörungen und Ausschüssen präsent, um die Positionen des sächsischen Feuerwehrwesens zu vertreten. So auch während des Arbeitsprozesses und der Anhörung zum SächsBRKG. Die Novellierung hat der LFV in enger Kooperation mit den Berufsfeuerwehren und Kreisbrandmeistern durch Ergänzungen und Einwände begleitet. Zudem gab es Gespräche mit dem sächsischen Innenminister Armin Schuster sowie vielen Landtagsabgeordneten. Dieser Arbeitsweg hat Tradition und war bislang stets sehr zielführend.

Dr. Thomas Schubert

Der 17. Juni 1953

Ursachen, Ereignis und Wirkung des Volksaufstandes

// Zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 droht dieser mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten. Dabei erfasste der Aufstand damals fast das gesamte Gebiet der DDR. Im heutigen Sachsen bildeten unter anderem die Bezirke Dresden und Leipzig Zentren des Aufbegehrens gegen die SED-Diktatur. //

Schon in den Tagen vor dem 17. Juni 1953 kam es in vielen Regionen der DDR zu Streiks und Protesten. »Überall in den Dörfern fanden Siegesfeiern statt. Dabei wurde im ganzen Land auf drei bevorstehende Ereignisse getrunken: das Ende des SED-Regimes, die bevorstehende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und eine gesamtdeutsche Regierung unter Konrad Adenauer.«¹ Acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vier Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten erlebte die DDR einen Volksaufstand, der wenige Tage später als eine »gescheiterte Revolution« endete.

Ursachen

Doch wie war es dazu gekommen? Im Jahr 1952 intensivierte die SED den planmäßigen Auf- und Ausbau des Sozialismus in der DDR. Die Machthaber um Walter Ulbricht handelten aus Überzeugung wie auf Befehl Moskaus hin. Sie trieben die Verstaatlichung der Unternehmen und die Kollektivierung der Landwirtschaft rigide voran, überzogen die Gesellschaft mit politischer Repression und marxistisch-leninistischer Propaganda.

Die sozioökonomische Umgestaltung bewirkte eine Massenabwanderung in den Westen. Verbunden mit hohen Repara-

tionsleistungen kam es in der DDR zu erheblichen Bewirtschaftungs- und Versorgungsproblemen. Den Alltag vieler Menschen prägten staatliche Unterdrückung und wirtschaftliche Not. Auch Preis-, Steuer- und Normerhöhungen steigerten die latente Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Bereits Ende 1952 gab es deshalb erste Streikwellen.

Stalins Tod am 5. März 1953 setzte einen Prozess der Veränderung in Gang. Die neue sowjetische Führung sah die Gefahr einer sich zunehmend destabilisierenden DDR und verordnete der SED Anfang Juni 1953 einen sogenannten »Neuen Kurs«. Verstaatlichung, Zwangsenteignung und Kollektivierung stoppten vorerst oder wurden in Teilen sogar rückgängig gemacht, ebenso die politische Strafverfolgung. Das SED-Regime gestand zudem Fehler ein, was in den Augen der Menschen einer Bankrotterklärung gleichkam. Der angestaute Unmut brach los.²

Ereignis

Die angekündigten Entlastungsmaßnahmen vergaßen aus-

gerechnet die Bau- und Industriearbeiter. Hier blieb die Erhöhung der Arbeitsnormen in Kraft. Entsprechend forderten die Bauarbeiter auf der Berliner Stalinallee am 15. Juni in einer Resolution deren Rücknahme und traten in den Ausstand. Am 16. Juni kam es in Ost-Berlin bereits zu diversen Streiks und Demonstrationen. Bald interessierte die schließlich erfolgte Rücknahme der Normerhöhungen nicht mehr. Längst ging es um politische Forderungen (zum Beispiel freie Wahlen, Rücktritt der Regierung). Die Kunde von den Berliner Streiks und dem für den 17. Juni ausgerufenen Generalstreik verbreitete sich wie ein Lauffeuer.

Am 17. Juni wurde so aus dem Ost-Berliner Arbeiteraufstand ein DDR-weiter Volksaufstand. Bis zum 21. Juni 1953 kam es in mehr als 700 Orten, darunter in allen großen und in fast allen mittelgroßen Städten zu Aufständen mit insgesamt mehr als einer Million beteiligten Menschen. Mehr als 1000 Betriebe wurden bestreikt, über 250 öffentliche Gebäude von Demonstranten gestürmt, gut 1500 Häftlinge befreit.

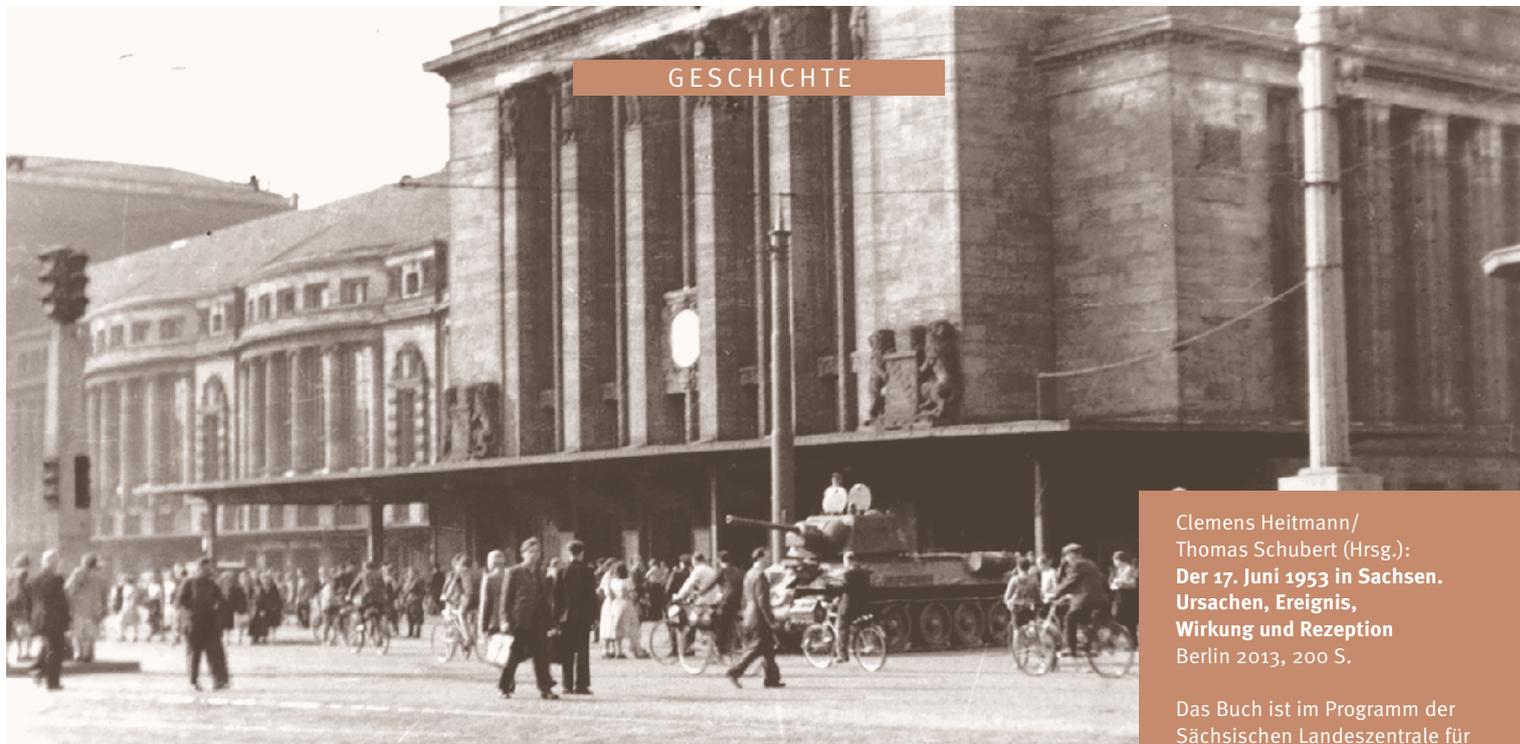
// Offizier der Volkspolizei mit gezogener Waffe am Eingang zur Staatsanwaltschaft Leipzig am 17. Juni 1953 // Foto: 70 Jahre DDR-Volksaufstand/AdsD/FES; 6/FOTO06229



¹ Jens Schöne: Jenseits der Städte.

Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR, Erfurt 2023, S. 7.

² Vgl. exemplarisch Ilko-Sascha Kowalczyk: Der 17. Juni 1953, München 2013.



// Demonstranten während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 vor der Osthalle des Leipziger Hauptbahnhofes //
Foto: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Clemens Heitmann/
Thomas Schubert (Hrsg.):
Der 17. Juni 1953 in Sachsen.
Ursachen, Ereignis,
Wirkung und Rezeption
Berlin 2013, 200 S.

Das Buch ist im Programm der
Sächsischen Landeszentrale für
politische Bildung erhältlich.

In den sächsischen Industriegebieten erreichte der Aufstand »mitunter eine größere Wucht [...] als in Ost-Berlin«.³ In Leipzig und Schkeuditz kam es zu Großdemonstrationen und zu gewalttätigen Zwischenfällen (zum Beispiel Gefangenenbefreiung) mit Toten und Verletzten. Im Bezirk Dresden waren die Städte Görlitz und Niesky Hochburgen des Aufstands. In Görlitz streikte ein Großteil der Betriebsbelegschaften, binnen weniger Stunden versammelten sich auf dem Obermarkt Tausende Menschen. Aufständische drangen in die SED-Kreisleitung ein, übernahmen das Rathaus und richteten ein provisorisches Stadtkomitee ein.⁴ Im Bezirk Karl-Marx-Stadt blieb die Lage hingegen ruhig. Hier hatten SED-Funktionäre, begleitet von einem massiven Polizeieinsatz, vielerorts bereits im Vorfeld Proteste verhindert, Zugeständnisse gemacht und die Streikfront aufgebrochen. Die Sonderversorgung der SAG Wismut in den Bergbauregionen des Bezirks tat ihr Übriges.

Während die DDR-Staatsmacht dem Volksaufstand über weite Strecken handlungsunfähig gegenüberstand, galt dies nicht für die sowjetische Besatzungsmacht. Sie erkannte in ihm sofort eine Gefährdung ihrer Kerninteressen. Entsprechend entschieden war ihr Vorgehen. Sie verhängte am 17./18. Juni 1953 über das Gros der Land- und Stadtkreise das Kriegsrecht, ließ Panzer auffahren. Insgesamt kamen 16 Divisionen zum Einsatz.⁵ Obwohl es anders als 1956 in Ungarn nicht zu einer militärischen Eskalation kam, erstickten die Sowjets gemeinsam mit Einheiten der Kasernierten Volkspolizei die Erhebungen.

Wirkung

Ausbruch und Ausgang des 17. Juni 1953 hinterließen ein »doppeltes Trauma« (Bernd Eisenfeld). Neben dem ausgeprägten Instabilitätstrauma bei der Staatspartei SED war es vor allem ein latentes Gewalttrauma bei ihren Gegnern.

Konfrontation und Konzession standen nach dem 17. Juni für die demokratische Systemopposition in einem definierbaren Verhältnis. Jede innere Erhebung würde die Sowjetunion von außen beenden und – zusammen mit dem SED-Regime – scharf verfolgen.

Die Fakten waren eindeutig: Staatssicherheit, Volkspolizei und sowjetische Einheiten verhafteten im Zuge des Volksaufstands, bei dem 55 Menschen den Tod fanden und Tausende verletzt wurden, rund 15 000 Personen; mehr als 1 800 davon wurden in politischen Prozessen teils zu hohen Haftstrafen verurteilt.⁶ Wer sich daher fragt, weshalb es zwischen 1953 und 1989 nie wieder eine oppositionelle Massenerhebung in der DDR gab, der findet im 17. Juni eine zentrale Antwort. Der gescheiterte Aufstand, die danach verschärften Repressionen, die »Säuberungen« der Funktionärseliten, der Mauerbau 1961 und Ulbrichts Ablehnung von Alexander Dubčeks Reformsozialismus zerstörten alle

Hoffnungen auf ein Ende beziehungsweise eine demokratische Reform in der DDR. Die Ära Erich Honecker änderte daran mit ihren »Miniliberalisierungen« (Stefan Wolle) nichts. Sowjetische Bajonette sicherten für lange Zeit die DDR-Diktatur.

Auch wenn sich die DDR-Opposition 1989 ideell eher auf den »Prager Frühling«, nicht auf den »17. Juni« berief – der erste Volksaufstand beeinflusste den letzten in der DDR. Entscheidend war 1989 die gewandelte internationale Machtkonstellation. Stand der Kommunismus 1953 »im Zenit seiner Machtentfaltung«, befand er sich 1989 in einer »Existenzkrise«. Löste 1953 das Aufbegehren der durch den kommunistischen Umbau am meisten betroffenen Bevölkerungsteile den Aufstand aus, beschleunigte 1989 das ökonomische und politische Scheitern des Kommunismus die Revolution. Weil nicht mehr von außen gestützt (wie 1953), wurde die DDR 1989 von innen gestürzt (anders als 1953).

3 Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999, S. 589.

4 Vgl. Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Görlitz, Bautzen 2003.

5 Vgl. Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003, S. 71–82.

6 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk: Repression und Opfer. Eine strafjuristische Bilanz des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, in: Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Die abgeschnittene Revolution. Der 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Köln u. a. 2004, S. 175–188.

Israelischer Botschafter zu Gast im Parlament

Der neue israelische Botschafter in Deutschland, Prof. Ron Prosor, stattete am 4. September 2023 dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler seinen Antrittsbesuch ab. Zu Beginn der Unterredung erfolgte der Eintrag ins Gästebuch des Landtags. In dem vertrauensvollen Gespräch ging es vor allem um die sächsisch-israelischen Beziehungen. Beide Seiten stimmten darin überein, sie weiter zu festigen. Eine Grundlage dafür bietet der bereits bestehende Jugendaustausch sowie Kooperationen in Wissenschaft und Wirtschaft.



Foto: S. Floss

Besuch des US-amerikanischen Generalkonsuls beim Parlament

Am 21. August 2023 empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den neuen Generalkonsul in Leipzig, John R. Crosby, zu seinem Antrittsbesuch. Vor Beginn des Gesprächs trug sich der US-Amerikaner ins Gästebuch des Landtags ein. Anschließend unterhielten sich beide angeregt über Sachsens Rolle in Mitteleuropa sowie das aktuelle politische Geschehen im Freistaat. John R. Crosby war für das US-Außenministerium bereits in Italien, Afghanistan und Slowenien tätig. Das Konsulat in Leipzig ist zuständig für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.



Foto: S. Flüßel

Südkoreanische Delegation besucht Sachsen

Bereits seit vielen Jahren unterhält der Sächsische Landtag gute Beziehungen zum Parlament der Provinz Gyeonggi-do in Südkorea. Aus diesem Grunde weilte vom 22. bis 23. August 2023 eine Delegation in Sachsen. Die Besucher besichtigten unter anderem den Plenarsaal und trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein. Weitere Stationen ihrer Reise waren das Berufsschulzentrum für Technik »Gustav Anton Zeuner« sowie die Hochschule für Musik in Dresden.



Foto: T. Schloke

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

08.11. – 09.11.2023
13.12. – 14.12.2023
31.01. – 01.02.2024
20.03. – 21.03.2024
02.05. – 03.05.2024
12.06. – 13.06.2024

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzfürhungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen:
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Offene Führungen

jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 17 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Jerome Hennersdorf, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 05.10.2023 | Gastautor: Dr. Kai Kranich (DRK Sachsen), Dr. Kerstin Thöns (Landesfeuerwehrverband Sachsen)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag



FSC
MIX
Papier
FSC® C015385